

Weiß-österreichisches Gespräch.

Große nach außen hin wirksame Leistungen hat der Völkerverbund in der letzten Zeit kaum vollbracht. Die letzten Tagungen des Rates und der Völkerparlamentarier sind ruhig und ohne Sensationen verlaufen. Sie haben an dem Stand der internationalen Beziehungen kaum etwas geändert. Die Kritik am Völkerverbund hatte deshalb in der letzten Zeit eine Veränderung erfahren. Griffen die Gegner der Genfer Organisation den Völkerverbund früher an, weil er sich, ohne über Mächtefragen zu verfügen, in internationalen Fragen zu stark einmische, so ipso facto man in der jüngsten Zeit darüber, daß er Einzelprobleme, wie Streik am Wunderrhein, Liquidationsfragen, Opiumhandel betraf, sich den großen Dingen der Politik über völlig fern halte. Gewiß ist diese Art der Kritik nicht ganz unberechtigt gewesen. Worin aber der eigentliche Wert des Völkerverbundes liegt, hat die letzte Tagung — deren Ausgang man noch nicht kennt — und deren Ergebnisse zu mancher Kritik wieder Anlaß geben können — sehr handgreiflich bewiesen. Ohne den Apparat des Völkerverbundes, ohne daß die Genfer Organisation Staatsmänner aller Völker zu gemeinsamen Anlässen versammelt, wäre die Unterredung Chamberlain-Litwinow kaum zustande gekommen. Und darin, nicht in den Vollzügen, die sich mit den Wunderrhein, mit Opiumhandel, mit Frauen- und Mädchenhandel beschäftigen müssen, liegt der eigentliche Wert des Völkerverbundes, daß er Gelegenheit zu persönlicher Führung und Ausprägung gibt.

Die Bedeutung, die der Völkerverbund dadurch bekommt, wird jeder Geschichtskennner begreifen, der weiß, daß eine Korrespondenz von vielen Wochen weniger erdig ist als eine einstufige Botschaft. Gerade wenn Streitigkeiten vorliegen, gerade wenn die Kartenn mit ihren Weisungen überaus vorsichtig sind, um sich nicht festzulegen, ist ein Briefwechsel vollkommen wertlos gegenüber einer Konferenz im kleinen Kreise. Man mag sich daran erinnern, daß Stresemann und der polnische Außenminister Jazelski bei einer ähnlichen Zusammenkunft in Genf die Grundlage für deutsch-polnische Wirtschaftsverhandlungen schufen, nachdem die besaßten Delegierten Deutschlands und Polens in monatelangen Verhandlungen sich immer weiter auseinandergewirrt hatten. Gewiß ist der Weg von jener Ausprache Stresemann-Jazelski bis zum Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen sehr langsam gewesen, aber trotzdem, er konnte erst beschritten werden, nachdem die Voraussetzungen deutsch-polnischer Verhandlungen in persönlicher Gespräch geklärt worden waren. Auch der Weg von der Zusammenkunft Litwinows mit Chamberlain bis zu einer einzigen russisch-englischen Verhandlung wird nicht kurz sein. Man mag sich auf manche Unterredungen und Störungen gefaßt machen, aber wie wäre es in dem Vorkriegs Europa überhaupt möglich gewesen, daß zwei Staatsmänner sich treffen, deren Heimatländer die diplomatischen Beziehungen zueinander abgebrochen haben. Im März wird Chamberlain wieder zur Versammlung in Genf sein. Im März muß Litwinow wieder an den Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz teilnehmen. Man dürfte bereits an, daß es dann möglich sein werde, die Fühlungnahme fortzusetzen, die jetzt in Genf begonnen hat.

Das bemerkenswerte daran ist, daß der Wert des Völkerverbundes als Mittel zu vertraulichen Ausprachen gerade an dem schärfsten Gegner der Völkerverbünde in Europa, am Ausland, bewiesen worden ist. Litwinow hat seinen Genfer Mundstuch benutzt, um wieder mit großer Schärfe gegen den Völkerverbund zu sprechen. Gleichzeitig treibt Somertrudland bewußt in Wien eine Politik, die den Tendenzen des Völkerverbundes in mancher Hinsicht

widerstrebt. Wenn jetzt russische Verteidigungsverträge mit Persien, mit der Türkei, mit Afghanistan abgeschlossen sind, wenn Parallelverträge zwischen der Türkei und Persien, zwischen Persien und Afghanistan folgten, so handelt es sich hierbei um ein System regionaler Verträge, dem fast ausnahmslos Staaten angehören, die nicht Mitglieder des Völkerverbundes sind. Die einzige Ausnahme stellt Persien dar und von russischer Seite hat man schon erklärt, daß diese Tatsache ja auch einmal beseitigt werden könne. Aber gleichzeitig bedeutet doch die Anwendung der Mittel der Sicherheitsverträge eine Abkehrung der russischen Außenpolitik, die nicht mehr ausschließlich auf kommunistische Propaganda eingestellt ist. Dieses System der Sonderverträge stellt nicht die ideale Regelung internationaler Beziehungen dar, da aber auch die europäischen Staaten — man denke an Frankreich, Jugoslawien, Italien, Spanien — nach der Methode der Sonderbündnisse Politik treiben, hat Ausland gewissermaßen eine Schwelung zu westeuropäischen Methoden vollzogen. Stalin ist nach der Niederwerfung der Opposition stark. Und wenn er auch auf die alten kommunistischen Schlagworte weiterhin Rücksicht nehmen muß — einen Beobachter am Platz des Völkerverbundes wird er sich vielleicht künftighin leisten können. Für diese Entwicklung war die Begegnung Chamberlain-Litwinow symptomatisch, und zwar ein Symptom, das durchaus zugunsten des Völkerverbundes spricht.

Deutsche Flottenbau-Pläne.

In die Marinefreundlichkeit des deutschen Volkes werden starke Anforderungen gestellt. Wie nämlich aus dem neuen Reichsgesetz hervorgeht, sollen wir im nächsten Jahr für Kriegsschiffbauten insgesamt mit 40 Millionen Mark befaßt sein. Davon sind 27,8 Millionen als Teiltraktat, 6 Millionen Mark sind dagegen als Teiltraktat für den Bau des „Panzerkreuzers Nr. 1“. Was man einmal begonnen hat, das muß man auch zu Ende führen, das ist der alte Standpunkt, die die Marine immer vertreten hat, und es wird darauf hingewiesen, daß die auf Stapel gelegten Bauten unmöglich eine Verzögerung erfahren dürfen, wenn nicht das ganze Heil nutzlos verthan werden sollte. Bei bereits begonnenen Bauten befindet man sich also in einer gewissen Zwangslage. Umso notwendiger ist es, bevor ein Bau beschlossen wird, sich sehr genau mit dem Bauplan zu befassen.

Jetzt soll ein erster Ersatzbau für ein veraltetes U-Bootgeschiff begonnen werden. Nach dem Verfaller Betrag sind uns U-Bootgeschiffe mit einer Höchstverdrängung von 10.000 Tonnen bestellt. Mit diesen Schiffen können wir praktisch nicht das geringste anfangen. Erstklassige U-Bootgeschiffe müssen das offen zugeben. Was sollen wir mit so einem Schiff? Wir können es vielleicht gebrauchen, wenn wir Krieg führen würden gegen Dänemark, gegen Holland oder vielleicht auch gegen Norwegen. Ist es nicht schon sinnlos, einen solchen Gedanken überhaupt zu denken? Wenn wir aber irgend einen ernsthaften Gegner haben, so können wir mit unseren Panzerkreuzern zu Hause bleiben und brauchen gar nicht erst auszufahren. Denn gegen die U-Boote der anderen kommen wir doch nicht an. Müßen wir aber ein solches Schiff bauen, wenn kein Kampfwert absolut gering ist? Die System im Reichswehrministerium legen ja, und zwar deshalb sagen sie ja, weil sie den Standpunkt vertreten, daß wir alle Möglichkeiten, die uns der Verfaller Vertrag gelassen hat, ausschöpfen müssen. Das nennt man dann die sogenannte „Ausgleichstheorie“. Und hier liegt der große Fehler. Mit der Marine, die man uns geliefert hat, können wir

doch nichts anfangen. Also ist es auch überflüssig, Möglichkeiten hier auszuoffnen. Das Geld könnte besser verwendet oder sparen. Jetzt hat man vor mit der ersten Teiltraktat von 6 Millionen Mark angehen. Das wird Ende kommt im nächsten Jahr und übernächsten Jahr; denn die Gesamtmenge für diesen sind auf 80 Millionen Mark angesetzt worden, wenn dem Vorkriegsplan trauen darf, denn schließlich kommen immer noch 90 Millionen heraus und länger als Jahre kann man doch an einem solchen U-Bootgeschiff bauen, wenn es nicht veraltet sein soll an dem Tag, dem es vom Stapel läuft. Man wird sich den neuen sehr genau ansehen müssen. Dies aber scheint eine Gelegenheit zu sein, die eine besondere Prüfung nötig macht. Die Zeiten einer sinnlosen Flottenpolitik sind vorbei. Die Marineführung im Reichswehrministerium aber scheinen aus früheren Zeiten nicht viel gelernt zu haben.

Handwerk und Rationalisierung

Von Dr. Otto Huzinger.

Die kaufmännische Seite des handwerklichen Lebens ist lange Zeit hindurch allzu sehr vernachlässigt worden. Der Handwerksmeister dachte sich vor jeder in eine Linie als Schöpfer eines Wertes, in das er seine g Arbeit und Schaffenskraft hineinsteckt. Er überließ nicht mehr allein darin besteht, Qualitätsware zu produzieren, sondern vor allem auch, ihr den nötigen Absatz zu verschaffen. Die Handwerker haben sich in der letzten Zeit sehr um die Herstellung von Waren bemüht, aber wenig, um mit allen den Mitteln, die die moderne Wissenschaft kennt, an sich heranzuhelfen. Allerdings war und ist hier auch die Schwierigkeit für das Handwerk besonders groß. Kaufmännisch denken und handeln können, ist zum größten Teil eine besondere Begabung, die keineswegs jedem liegt, wenn er auch nach so einem Möbel herstellen oder Kleider nähen kann. Die großen Unternehmungen der Wirtschaft können sich solche Gabungen engagieren, wenn ihre Leiter überwiegend nicht eingestuft sind. Die meisten übrigen Gewerbebetriebe arbeiten zunächst für einen herkömmlichen Handel, dem die Voraussetzungen kaufmännischen Denkens vordereit gegeben sind. Der Handwerker aber beides zugleich sein, Produzent und Kaufmann, wird zuletzt liegt in diesen Schwierigkeiten eine sehr Hauptursache gegenüber den anderen Gewerbebetriebe.

Seit nun der große Rationalisierungsprozeß in deutschen Wirtschaft eingeleitet hat, regen sich allenthalben die aktiven Kräfte im Handwerk, um diese Schwächen, weit es irgend geht, zu beheben. Zahlreiche Organisationen haben sich in dieser Richtung vorwärts geschoben. Vor allem findet man immer mehr, daß es einer aktiven Kellame übergeben. Bezeichnend ist hier z. B. das Hamburger Verbandsvereinswesen für das Menschniederungsgewerbe zusätzlich zum ersten Mal ein dem Hamburger Verbandsvereinswesen herangezogen die Die Bourgeoisie weiter Kreise im Handwerk gegen die moderne Methode im Kampf um den Absatz scheint immer mehr zu schwächen. Auch in den Betrieben von Meisterwerken wird die heranwachsende Handwerkergeneration in diesem Sinne tatkräftig beeinflusst. So sehr aber diese Arbeit der Organisation anzuwenden ist, kann auf die Dauer doch nur Erfolg erreicht werden, wenn die Handwerker selbst sich immer mehr auf eine kaufmännische Denweise umstellen.

Krupps Schicksal vor und nach dem Kriege.

Von Morus.

Hinter dem Pseudonym Morus verbirgt sich einer unserer besten deutschen Wirtschaftsschreiber. Dieser Morus hat jedoch im Verlag Wilsch ein sehr lesenswertes Buch veröffentlicht, das unter dem Titel „Wie sie groß und reich wurden“ Lebensbilder erfolgreicher Männer schildert. Aus der Darstellung des Schicksals der Kruppwerke veröffentlichen wir den nachstehenden interessanten Abschnitt:

Die Geschäfte gehen weiterhin vorzüglich, die Werke dehnen sich. Die Rüstungsarbeiten des Staates fließen mit großer Regelmäßigkeit und wachsen von Jahr zu Jahr.

Der Reingewinn der Aktiengesellschaft Krupp steigt von 20 Millionen Mark im Jahre 1903 auf 34 Millionen Mark im Jahre 1913/14. Krupp steht unter den Kapitalisten Deutschlands weitaus an erster Stelle.

Es wäre irrig, anzunehmen, daß dieser ungeheure Vermögenszuwachs nur von den Rüstungsleistungen für Deutschland herrührt. Wenn auch der internationale Charakter und die internationale Propaganda der Rüstungsindustrie nicht mehr so unermüdet ist wie zur Zeit Alfred Krupps, so sind doch die Kruppwerke keineswegs, wie man in der Öffentlichkeit glaubt, lediglich die „nationale Waffenfabrik“ Deutschlands. Bis zum Tode Alfred Krupps, 1887, hatte man in Essen 24.576 Kanonenschiffe hergestellt, davon waren 10.666 im Lande gelieferten und 13.910 ins Ausland gegangen. Bis zum Ende des Jahres 1911 waren die Lieferungen an Kanonenschiffe auf 53.000 gestiegen, davon hatte das Deutsche Reich und die jetzt in ihm zusammengeflohenen deutschen Bundesstaaten 26.300 in Auftrag gegeben; mehr als die Hälfte aber, 27.300, waren ins Ausland gegangen.

In der Internationalität der Rüstungsindustrie hatte sich also auch in der Friedrich Alfred Krupp und Krupp von Bohlen und Halbach kaum etwas geändert. Nicht weniger als 52 Staaten waren von Essen aus mit Kanonen beliefert worden, und ein großer Teil dieser Staaten konnte im Weltkrieg Kruppische Kanonen gegen Deutschland verwenden.

Unmittelbar vor dem Kriege wurden die internationalen Beziehungen der Rüstungsindustrie zum ersten Male öffentlich erörtert. Den Anlaß dazu gab ein unermittelter Projekt, in dem die Firma Krupp verwickelt war. Es stellte sich heraus, und wird vom Gericht bestätigt, daß Krupp in Berlin Beamte der Militärbehörde bestochen hatten, um sich Preisofferten, die andere Rüstungsfirmen beim Kriegsministerium einreichen, zu verschaffen. Die unmittelbare Schuldigen wurden denn auch bestraft, während der damalige Vorsitzende des Kruppdirektoriums, Geheimrat Hugenberg, der Meinung war, daß es sich bei den Geheimberichten über die Konstruktionsfirmen nur um „Kavalieren“ gehandelt habe, die die Reaktion gar nicht interessierten. Im Zusammenhang damit wurde bekannt, daß Krupp gewisse Vereinbarungen mit der größten russischen Rüstungsfirma Buntisch unterhielt, mit der wiederum die größten französischen Rüstungswerke, Schneider-Creusot, liiert waren. Allein die Erklärung dieser Dinge im Parlament und in der Presse hatte weber eine Lösung der internationalen Abmachungen zwischen den Rüstungsfirmen zur Folge, noch beinträchtigte sie das fast unbeschränkte Lieferungsmonopol der Firma Krupp.

Ein Jahr später, als der Krieg ausbrach, war denn auch bereits wieder alles vergessen. Krupp galt wie früher als die „nationale Waffenfabrik“ und als nichts anderes. Und jetzt war sie es ja auch. Sämtliche Werkstätten, aus diejenigen, die sonst anderen Rüstungsfirmen dienen, wurden für den Kriegsbedarf umgestellt. Die Anspannung der Kruppwerke für den Kriegsbedarf brachte der Gesellschaft auch sehr große materielle Gewinne: der Reingewinn lag von 34 Millionen im Jahre 1913/14 auf 86 Millionen im Jahre 1914/15.

Um so größer war der Rückschlag nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges. Kein deutsches Großunternehmen wurde so schwer von den Bestimmungen des Versailles-Traktates betroffen wie die Friedrich Krupp A.G. Die gesamte Rüstungsindustrie war unterlag, und unter der Kontrolle der Entente-Kommission mußten die Anlagen zur Herstellung von Kriegsgüter, von Panzerplatten und Kanonen zerstört werden. 3900 Arbeitsmaschinen mit einem Gewicht von 60.000 Tonnen, 800.000 Werkzeuge mit 10.000 Tonnen Gewicht, 379 größere Fabrikanlagen muß-

ten vernichtet werden. Krupp von Bohlen und Halbo hat den Aufschlagswert des bis zum Herbst 1926 zerstörten Materials auf 104 Millionen Mark geschätzt. Wenigstens der größte Teil dieser Anlagen zu Kriegs- und Zerstörungswerten bestimmt war, so stünde darin, industrie gesehen, doch eine gewaltige produktive Kraft: das Essen hundertjähriger Arbeit.

Damit war es nun unüberwindlich vorbei. Die Kruppverwaltung war vor die Frage gestellt, wie sie schnell wie möglich die Werke auf den Friedensbetrieb umstellen könnte. Die Rohstoffquellen waren ja im wesentlichen unversehrt geblieben, wenn auch die spanischen Bergwerke unwiederholbar liquidiert werden mußten. Krupp selbst noch immer einer der größten Schwermetallbetriebe. Gestützt auf dieses Fundament, bemühte man sich in Effiziente Industriezweige fortzusetzen, für die einseitigsten Maschinenfabrikation, wie sie früher die Kriegszustände ermöglichten, sollte nun der Bedarf. Staat dessen mußte wenn man nicht still liegen wollte, eine Vielzahl von Zerstörungswerten in Angriff genommen werden.

Ans der Vielzahl wurde eine Hundert der Produkte, wie sie außer den eigentlichen Inflationskonsumenten noch für andere deutsches großindustrielles Unternehmen an zuweilen hatte. Kaum ein Gebiet der weiterarbeitenden Metallindustrie blieb in den Kruppischen Werken unversucht. Da gab es neben der älteren Fabrikation von Gußmaschinen für Schiffsmaschinen und Lokomotiven und Abteilungen für die Fertigung von Dampfmaschinen und Eisenbahnen, Luftfahrzeugen und Motoren, landwirtschaftlichen Maschinen und Pumpen, daneben aber auch schwere Ware, wie Vitromaschinen und Kontrollklassen Messerwerkzeuge und Antriebskräfte, stützende Instrumente und Gehilfen aus rohrförmigen Stahl, elektrischen Defen und Gerüststellungen und Tausende anderer Erzeugnisse.

Der Eigenwille, der von Anfang an diese bedeutendste Schöpfung der deutschen Großindustrie angestrichelt hat, ist in der Familie Krupp angeboren. Fraglos bleibt allein, ob es einer tüchtigen und genauen Leitung ohne die Genialität eines Alfred Krupp auf die Dauer gelingen wird, sich gegenüber den Vertrauenszweigen der Zeit zu behaupten.

on besonderer Bedeutung scheint vor allem eine die Reform des Zahlungsverkehrs mit London zu sein, um die heillose Borgwirtschaft, die weiten Kreisen des Handwerks eingedrungen hat, e übrigen auch schon in der Vorkriegszeit vorhanden, nach Möglichkeit einzudämmen. Die Handwerker sind daran gewöhnt, die Schuld hieran nicht allein sich zu haben. In sehr vielen Fällen zahlt der nur deshalb schlecht, weil der Handwerker es sich nicht auf das Einzahlungsvermögen, aus der jederlei Aufwände zu sehen sind, pünktliche Auslieferung der Rechnungen und vor allem regelmäßige und richtige Mahnungen können hier manche Mängelstände. Auch könnte vielfach die unregelmäßige Borgart durch klare Abmachungen mit dem Kunden in die Zahlungsstrecke umgewandelt werden.

Der Schwerpunkt kaufmännischer Rationalisierung aber vor allem in der handwerklichen Produktion. Es kommt dabei nicht so sehr darauf hin der Handwerker überhaupt falluliert, sondern daß in kaufmännischen Gesichtspunkt aus richtig kalkulieren. So darf er z. B. nicht die allgemeinen Unkosten, die die Miete, Steuern, Sozialabgaben usw. nur mit Blick auf das Einkommen verrechnen, sondern muß den Umfang der betreffenden Zeit mit in Betracht ziehen und dabei muß er sich weiter darüber klar sein, daß der Umsatz ständig schwankt und die Kosten infolgedessen jeweils verschieden angelegt werden müssen. Ein Punkt wird heute von den Handwerklern noch nicht genügend beachtet, das ist die Arbeit im Handwerk mehr zu einer aktiven Preispolitik übergehen, daß in allen kaufmännischen Gängen zu eigen machen, daß eine Senkung des Preises eine Umsatzsteigerung erzeugen kann, die wieder ihrerseits die Verteilungsgüter pro Leistungseinheit herabdrückt und dadurch den in ganzen vermehrt.

Wichtig scheint in diesem Zusammenhang weiter der die die Sachverständigen, unter denen die Kreise des Handwerks sehr zu leiden haben, mehr über zu heben. Es handelt sich ja dabei nicht um feine Unterschiede im Naturwissenschaften, die zu ändern sind, wie beispielsweise in der Landwirtschaft die Erntepreise. Es ist ihnen vielmehr häufig die Interessen der Kunden und ihre Unzufriedenheit darüber wichtig zu sein, daß sich die Arbeit im Handwerk nicht den gleichen Umständen, während im Handwerk die Beschäftigtenlosigkeit betrifft. Der Kunde ist bis zu einem gewissen Grade durchaus zu erhalten vor allem, wenn man ihn in der Zeit der Beschäftigtenlosigkeit durch günstige Preise- und Zahlungsbedingungen entgegenkommt. Eine gleichmäßige Bezahlung aber würde wieder mancherlei Anlässe pro gesehicht herabdrücken.

Man wird nicht das Handwerk davon, in die Rationalisierungsmaßnahmen ohne weiteres zu kopieren, das das jetzt häufig geschieht, die Industrie, die in die Linie mit Kapital arbeitet, muß z. B. ihre Abfertigung und Gewinne auch an hineingeleitete Kapital. Der Handwerker muß sich bewußt sein, daß für die Arbeit im Vordergrund steht, und daß sich infolgedessen die Gewinnberechnung in erster Linie nach der auf der Arbeit zu richten hat.

Die Anordnungen zeigen, daß es für das Handwerk vernünftige Aufgaben kaufmännischer Rationalisierung gibt. Jeder Einzelne sollte sich bemühen, sie im Zusammenhang mit den Organisationen energisch in die Tat zu nehmen. Es ist abschließend noch darauf hingewiesen, daß diese Fragen seit einigen Jahren von dem Zentralinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk in Karlsruhe energisch wissenschaftlich und sich in einer besonderen kaufmännischen Abteilung behandelt werden.

Der Prinz auf dem Kreuzer.

Der Prinz, des Heilige Vater hatten eine Zeitungsnotiz aus Solingen-Höfen veröffentlicht, in der es heißt, daß ein einziger Tag der Kreuzer „Berlin“ von nach Ostpreußen gefahren sei, um den Prinzen von Ostpreußen abzuholen, daß der Prinz an Bord gehen sei und dort vor veranmelter Mannschaft eine gehalten habe.

In dieser aufsehenerregenden Mitteilung erklärt das wehrministerium folgendes: Der Kreuzer „Berlin“ sei nicht eigens deshalb von nach Ostpreußen gefahren, um den Prinzen Heinrich von Ostpreußen abzuholen, es habe sich vielmehr um eine Übungsfahrt für die Seeladeten gehandelt, die sich die neue Torpedo-Armierung einüben sollten. Der Kreuzer vor Ostpreußen lag, um der Kapitän aus Kolde, der ein alter Freund des Prinzen Heinrich von Ostpreußen ist, diesen an Bord. Prinz Heinrich an Bord, das der Kapitän an Bord teil. Ob die weiteren Nachrichten in der Presse, Prinz Heinrich auch an die verammelte Mannschaft in Ansprache gehalten habe, den Tatsachen entsprechen, bisher vom Reichswehrministerium und den amtlichen Stellen in Ostpreußen noch nicht festgestellt werden. Reichswehrministerium hat von dem Kapitän des Kreuzers von Ostpreußen aus zu einer Weltreise auf dem Kreuzer „Berlin“ einen sofortigen Bescheid über die Art des Besuchs des Prinzen Heinrich an Bord und den Inhalt seiner Ansprache eingefordert. Die eigenen Marinestellen in Ostpreußen haben, wie das wehrministerium betont, lediglich die Tatsache der Abgang und des Besuchs des Prinzen Heinrich nach mit weitergemeldet.

Man sagt die „Völkische Zeitung“, das letztere hätte Ministerium der Welt genügt, um dem Kreuzer Reich hinauszuweisen, sofort den Weg zu nehmen, der Kapitän Gelegenheit erhalte, sich eingehend mit zu äußern: „Ein Angehöriger des entzweiten

Herrlicherhaus hat auf Schiffen der republikanischen Wehrmacht nichts zu suchen, solange er der Republik nicht den Eid geschworen hat. Deshalb hat der Kaiser-Enten kein Recht gehabt, in Mündungen einige Zeit freiwillig Wanderverbannung zu sein, deshalb hat der Kaiser-Enten kein Recht, dem ausfahrenden Kreuzer der republikanischen Marine den Segen zu erteilen.“

Die ostelbische Siedlungsfrage.

Im Siedlungsausschuß des Reichstages fand eine eingehende Aussprache statt über die siedlungsartige Beschäftigung des Reichstags-Siedlungsausschusses, die im September und Oktober diesen nach Schlesien, Mecklenburg und Oldenburg geführt hat.

Dann führte der Abgeordnete K. A. N. N. e. h. u. r. g. (Dem.) aus: Unmöglich könne die Schaffung von jährlich 1500 bis 2000 Siedlungen als ausreichend bezeichnet werden. Die Nachbarländer Deutschlands im Osten hätten erstausgegeben zur Mehrung und Stärkung ihres Bauernstandes geschaffen. Schon das müße uns zu weit größeren Leistungen als bisher veranlassen, sonst würde auch die Verminderung der Landbevölkerung durch die bisherige Siedlungsarbeit kaum ausgeglichen werden. Er wies darauf hin, daß allein Ostpreußen von 1914-1925 einen Wanderungsverlust von 158 000 Menschen hatte. Von 1907 bis 1925 hat sich dort die Zahl der Bauernstellen nur um 400 vermehrt; gleichzeitig aber ist der Anteil des Großgrundbesitzes um etwa 2 Prozent gewachsen.

Erforderlich sei die gesamte Provinz Ostpreußen, auch fast ganz Pommern sowie beide Mecklenburg in die Siedlungsarbeit einzubeziehen. Die Preise sind aber, besonders in Schlesien, vielfach zu hoch. Die Verwaltungskosten der Siedlungsgesellschaften müssen verringert werden. Großer Wert muß auf ausreichende Inventarausstattung der Siedlungen, besonders auf Äquipage gelegt werden. Die Siedler müssen unbedingt über die Höhe ihrer Belastung im klaren sein. Die Zinsunterschiede (um 1 1/2 Prozent) zwischen dem Reichs- und preussischen Krediten müssen ausgeglichen werden, weil sie zu unerschwinglichen Differenzen führen.

Neben der Ausbeutung durch die Anleihegesellschaften, die die Vergrößerung vorhandener bäuerlicher Zwangsbetriebe auf die Größe einer erstklassigen Wirtschaft nicht vernachlässigt werden, um Differenzen zwischen den Anleihegesellschaften und den Zinsgebern zu vermeiden. Die Zinsfreiheit für gewählte Kredite muß auf mehrere Jahre erlitten werden, ebenso die Steuerfreiheit, um den Siedlern die Schwierigkeiten des Anbaus zu erleichtern. Die Dauerkreditfrage muß unter Berücksichtigung des Reiches bald geregelt werden. Besondere Sorgfalt fordert die Unterbringung der Landarbeiter von den zur Siedlung bereitgestellten Gütern. Sie müssen bei der Siedlung berücksichtigt werden, wenn sie geeignet sind, auch wo es ihnen an genügendem Eigentum fehlt. Nicht mehr arbeitsfähige Landarbeiter und Frauen, die auf den bisherigen Gütern das Gnadenerbe bekamen, sind besonders zu berücksichtigen; ihre Zuweisung an Amenthäuser wäre eine unerträgliche Härte.

Eine empörende Lafflosigkeit.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgende kleine Anfrage eingebracht: „Der Direktor der Landwirtschaftlichen Schule in Stolp in Pommern, Dr. Luma, hat vor einigen Wochen in der Unterklasse vor den 15-jährigen Schülern dem Sinne nach folgendes gesagt: „Ihr habt aber sehr drecks Hände. Ihr müßt auf Reinlichkeit halten. Vor allen Dingen müßt ihr darauf halten, daß der Dreck unter den Fingernägeln verschwindet. Ich werde auch mal eine lehrreiche Geschichte erzählen: Ebert nahm einmal einen hohen Staatsbeamten mit auf seine Gilet zur Jagd. Als die Dämmerung begann, beobachtete der hohe Staatsbeamte, daß Ebert dauernd seinen Zeigefinger hochhielt und behauptete, antwortete Ebert: Solange ich noch den Dreck unter meinen Fingernägeln sehe, habe ich noch Bistumsamt. Ihr fragen: Ist das Staatsministerium bereit, erstens, sofort das Disziplinarsverfahren gegen Direktor Luma einzuleiten, zweitens, dem Staatsanwalt die Weisung zu geben, wegen Verleumdung des früheren Reichspräsidenten Ebert öffentliche Anklage zu erheben? — Es kann wohl erwartet werden, daß die geforderte Unternehmung so schnell wie möglich angefaßt wird. Sollte sich erheben, daß die Anklage des Herrn Direktors so gefaßt ist, wie sie hier wiedergegeben wird, so sind diesem Herrn gegenüber natürlich die Forderungen zu stellen, die sein Verhalten notwendig macht.“

Die Rechtsparteien wählen einen Kommunisten!

Wahlkuriosum aus Dessau.

Bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses in Dessau wurde offiziell bekannt, daß der auf der bürgerlichen Einheitsliste an 6. Stelle stehende Wahlkreis Paul Eichhorn, der eigentlich vom Stahlheim benannt sein sollte, gar kein Stahlheimmann, sondern Kommunist war. Paul Eichhorn war nämlich verwechselt worden mit Andreas Eichhorn, und Andreas Eichhorn war derjenige, der gemeint war. Die Männer der bürgerlichen Einheitsliste sind dadurch in eine große Verlegenheit geraten. Sie haben den richtigen Andreas anstelle des falschen Paul in den Gemeinderat bringen wollen. Dem stehen jedoch die klaren Gesetzesbestimmungen gegenüber, da Andreas Eichhorn gar nicht auf dem Wahlvorschlagn eingetragen worden war. Das Ganze ist ein lehrreiches Beispiel dafür, daß die Rechtsstreife ihren Wählern Kandidaten aufstellen, die nicht einmal die eigenen Parteiführer kennen, geschweige denn die Wähler.

Reichsregierung und Ruhrkonflikt.

Das Reichskabinett beriet gestern über den Konflikt in der Ruhrindustrie und stellte Richtlinien für die weiteren Verhandlungen auf. Da die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber nur kurzer Dauer in schroffer Form abgebrochen worden sind, soll der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter eingreifen, um zu verhindern, daß die Betriebe der Schwerindustrie zum 1. Januar stillgelegt werden. Das Kabinett steht auf dem Standpunkt, daß die Verordnung über die Arbeitslosigkeit in der Schwerindustrie auf keinen Fall geändert werden kann. Der Schlichter soll aber in jedem einzelnen Betriebe die Räumlichkeiten der Einführung genau prüfen und, wenn es nötig ist, Sonderregelungen vorsehen.

„Der Jagdflug des Preussischen Handelsministers“.

In einer kleinen Anfrage eines deutschnationalen Landtagsabgeordneten wird behauptet, der Preussische Handelsminister habe vom 24. bis 26. September d. J. in Gramenz (Kreis Neustettin) gejagt und solle sich in einem staatlichen Flugzeug befinden und zurückbegeben haben. Daran werden verschiedene andere Behauptungen geknüpft. Am Schluß wurde gefragt, ob das Staatsministerium die Verwendung eines staatlichen Flugzeuges zu Privatfahrten eines Ministers und die Verwendung von Schutzpolizisten zu seiner Bewachung billige. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, ist es richtig, daß der preussische Handelsminister nach Gramenz geflogen ist. Falls es aber ist, daß er dazu ein staatliches Flugzeug benutzt hat. Auch dem Anfrager sollte bekannt sein, daß ein staatliches Flugzeug nicht gibt. Damit erledigen sich auch die weiteren Behauptungen.

Die Vereinigung freirechtlicher Akademiker.

Der Aufruf, mit dem sich „Der Bund“, die Vereinigung freirechtlicher Akademiker, an die freirechtlich geiminte Studentenschaft wendet, um sie zu engerem Zusammenschluß und zu einer wirksamen Vertretung ihrer Anschauungen zu sammeln, verdient nachhaltige Unterstützung auch in den Kreisen des akademisch gebildeten Bürgertums und darüber hinaus in allen Kreisen, die auf dem Boden der Republik und des neuen Staates stehen. Durch die jüngsten Ereignisse ist die Möglichkeit gegeben, daß die bis her von den nationalpolitischen Organisationen mundtot gemachten freirechtlichen Studenten sich selbständig und nachdrücklicher als bisher für ihre Ideale und für ihre Interessen einsetzen können, und es ist kein Zweifel, daß diese staatsbegehenden und freirechtlich gesinnten Studentenorganisationen an allen hochschulischen Stellen Jutakt finden werden, nachdem einmal den autonomen Verbänden und Verbindungen die territorialen Möglichkeiten und der hoch monopolartige Charakter genommen sind, auf die sie sich bisher stützen konnten. Allerdings wird es eines mutigen, entschlossenen und tiefen Arbeitens für die Sache des freirechtlichen Studententums bedürfen, aber die vorhandenen Anlässe be rechtigen zu dem Vertrauen in den Erfolg.

Hilfe für die Kleinrentner!

Im Reichstag hat die demokratische Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bis zur Schaffung eines Kleinrentnerverordnungsorgans die Mittel bereitzustellen zu laufenden ergänzenden Beihilfen. Die Beihilfe soll dann den über 65 Jahre alten Rentnern zugute kommen und von drei zu drei Jahren steigen. Die Beträge sind berechnet nach der Höhe der vom Rentnerertrager gewährten Geld- und Naturalleistungen — ohne Vermittlung der Rentnerertrager auszusprechen. Die Rentnerertrager sind zur Mitteilung der zur Berechnung benötigten Unterlagen verpflichtet. Die Anrechnung der Reichsbeihilfen ist irgendwelche anderen direkten oder indirekten Beiträge (Kleinrenten, Vorzugsrenten, Mietzuschläge usw.) ist nicht statthaft.“ Es ist dringend zu wünschen, daß wenigstens erst einmal dieser Ausweg beschritten wird, um die Kleinrentner vor der drückendsten Not zu bewahren.

Die Taten von Wittschaele.

Tungnidel hat gut reden!

In der „Deutschen Einheit“ findet sich folgende Stelle: „Wer dabei war, der weiß es, daß es keinen grauenerregenderen Randsinn in der ganzen Weltgeschichte gab, als jenes sinnlose Hinrichten der jungen Freiwilhrigen regimenter in die Feuergraben der englischen Maschinenwandre, das in der Geschichte des Weltkrieges als der Todessturm bei Wittschaele bezeichnet ist. Wer nicht dabei war, der schreibt darüber fressullos dieser Art:

„Ich habe im Putzsch gesucht; aber ich fand keine Seite, die soviel fressullos Heroismus hatte wie jener Aufmarsch der Kimberballonen, die an der Vier zu jenen eingehoben wurde. Schiffsingen, fressullos einereizert, geben singen, das Lied vom deutschen Vaterlande auf den Lippen, in den Tod. Weidlicher apokalyptischer Mund singt die wirbelnde, widerkräftige Ballade dieser Ballatone. — Hat noch keine Feder das Jauchzen dieser jungen Leiber, verzerrt und hingestrichen von einer Idee für ein Geschichtsbuch gefaltet? — Ach nein! Ach nein! Wir brauchen keine Ader mehr. Wir sind schon lange auf dem Piepsack gekommen.“

Der Strident, der so hier seine Phantastie an dem Todessturm von tungnidel in der Qual ihres Sterbens nur das „Jauchzen ihrer jungen Leiber“ sieht, heißt Max Tungnidel.“

Parteinachrichten.

Demokraten weisen den Weg zum deutschen Einheitsstaat.

Halle. Es ist das unumstößliche Verdienst der Deutschen Demokratischen Partei und insbesondere ihres Führers Reichstagsabgeordneter A. D. Koch, den Gedanken des deutschen Einheitsstaates ins Rollen gebracht zu haben. Als erste und einzige von allen Parteien hat die Deutsche Demokratische Partei dieses großdeutsche Ziel auf ihrem Reichstagsantrag in Hamburg im April d. J. öffentlich herausgestellt und auch der im Oktober in Berlin abgehaltenen Freuentag hat ein gleiches getan und in einer Entschließung befunden, diese wahrhaft väterlichen Zeichen den nächstjährigen Wahlkampf zu führen. Zeichen den nächstjährigen Wahlkampf zu führen.

Neuerdings hat nun auch in ganz hervorragender und bahnbrechender Form unser Parteifreund, Landeshauptmann Dr. Süßener, auf den kürzlich in Magdeburg und in Halle abgehaltenen Tagungen des Mitteldeutschen Wirtschaftsausschusses den Gedanken einer Reform der Landesgrenzen und der Verwaltung in Mitteldeutschland an die Spitze seiner wertvollen Darlegungen gestellt. Erhielt er dabei im Fortfall der Landesgrenzen überhaupt, also im Aufgehen der Länder im Reich, die Voraussetzung einer durchgreifenden Reform, so hob er für Mitteldeutschland ganz besonders hervor, daß der Eintritt kleinerer Länder in den Verband des preussischen Staates einen bedeutenden Gewinn auf dem Wege zu einer durchgreifenden Verwaltungsreform darstelle. Seine von der Presse alle Richtungen als höchst beachtlich und zeitgemäß gewürdigten Ausführungen fand der Vortragende ebenfalls in einer nach 4 Punkten gegliederten Entschließung zusammen, die der Wirtschaftstag in Halle sich in einstimmiger Zustimmung zu eigen machte.

Es ist also für die Ziele der Deutschen Demokratischen Partei sind auf allen Gebieten bahnbrechend. Auch der, der sie erlangt bekämpft, muß sich unter der zwingenden Entwicklung der außenpolitischen und innenpolitischen Verhältnisse zu ihnen bekennen. Demokratische Führer zeigen den Weg für Deutschland.

Ammerdorf. In einer von der Ortsgruppe der D. D. P. einberufenen Mitgliederversammlung legte der Geschäftsführer Dornblüth die Begründung der Partei dar. Nach allen von der Reichsregierung im Reich bisher ergriffenen oder angeordneten Maßnahmen sei in einem solchen Kabinett für die Deutsche Demokratische Partei kein Platz. Ihre Aufgabe sei es, das deutsche Volk wieder von der Folgerichtigkeit des Satzes zu überzeugen, daß nur eine für das Gesamtvolk arbeitende starke Mitte einen tragbaren Ausgleich auf dem außenpolitischen und innenpolitischen Gebiet herbeiführen könne. Dazu müsse der bei allen Wahlen herorgetretene „Kud nach links“ die Wähler künftig oder auch wieder zur Demokratischen Partei führen. Sonst würden die Gegensätze nur noch schärfer aufeinanderprallen. Auch die sogenannte Wirtschaftspartei bedeute nur die Vertretung von Klasseninteressen und sei in ihrer politischen Wirkung und in ihrem Auftreten der Klassenpolitik der Sozialdemokratie gleichzustellen. Im Hinblick auf die politische Lage und angesichts der kommenden Neuwahlen erwachte der Deutschen Demokratischen Partei die Pflicht, überall ihre Organisationen zu stärken und mit vermehrter Arbeitsfreudigkeit den Parteiapparat schlagfertig hinzustellen.

Hierauf erstattete die Kreisratsmitgliedern Jutz und W. p. Land einen Bericht über die zurzeit im Kreisausgang und im Kreisstage stehenden Vorlagen. Die demokratischen Abgeordneten bildeten das „Jünglein an der Wage“. Und bei allen Aufgaben des Kreisstages seien auch sie von dem Grundsatze geleitet worden, das Wohl der Allgemeinheit zu fördern. Diese Berichterstattung, die bei den Erhörtenen viel Interesse fand, soll von Zeit zu Zeit wiederholt werden.

Vorbildliches Arbeiten einer Ortsgruppe.

Halle. Der Leitung der Wahlkreisgeschäftsstelle in Halle ist es eine besondere Freude, die Tätigkeit der Ortsgruppe in Sangerhausen als ganz hervorragend bezeichnen zu können. Diese Ortsgruppe hat in dem schmerzlichen Kreise Sangerhausen-Edwardsberg unter vielen Widerwärtigkeiten zu leiden. Sie ist aber in neuester Zeit mit viel Eifer und Geduld zu einer energiegelassen Durchführung einer Reorganisation ihres Parteiapparates übergegangen. Die Arbeit haben mehrere Herren des Vorstandes bereitwillig übernommen. So berichtet man uns, daß jetzt die bisherigen Vertrauensmänner in Kreise persönlich aufgefordert und neue hinzugewonnen werden sollen. Zu diesem Zweck hat ein Vorstandsmitglied sein Auto zur Verfügung gestellt. Weiter wird ein Aufruf vorbereitet und nach Einladung aller, die dafür in Betracht kommen, die Abhaltung einer größeren Kreisveranstaltung und einer öffentlichen Versammlung geplant. In der nächsten Zusammenkunft am 6. Januar, an der auch aus Halle der Geschäftsführer teilnimmt, wird der Vorstand eingehenden Bericht über seine Tätigkeit erstatten. Die Leitung der Wahlkreisgeschäftsstelle wird nach Kräften zu jeder Unterstützung bereit sein und kann nur bitten und wünschen, daß ihre Anregungen auch in anderen Ortsgruppen in ähnlicher Weise in die Tat umgesetzt werden.

Demokratische Kriegsbefähigten-Fürsorge. Bei der Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz setzen sich die demokratischen Abgeordneten Sparrer und Ziegler für eine Verbesserung der in der Novelle vorgesehenen Veränderungen bei der Versorgung der Kriegsbefähigten und Hinterbliebenen ein. Insbesondere traten sie dafür ein, daß die Zukünftigen allen Witwen zugestimmt würde. Der von ihnen gestellte Antrag, die Schwerkrankenbefähigtenzulage bei der Erwermsunfähigkeit von 144 Mark auf 168 Mark zu erhöhen, wurde zwar abgelehnt, wird aber bei der zweiten Lesung wiederholt werden.

den. Zu dem Antrag der Deutschen Demokratischen Partei für bessere Pflege und Wartung der Kriegsbefähigten wurden seitens des Regierungsvertreeters u. d. einem Vertreter der Regierungspartei zustimmende Erklärungen abgegeben. Die Abstimmung erübrigte sich dadurch. Die sozialistischen Anträge hierzu werden zurückgezogen. Der Antrag der Regierungspartei wurde einstimmig angenommen.

Die demokratischen Wahlausichten. Wie die Chancen der Deutschen Demokratischen Partei bei den nächsten Reichstagswahlen von gegnerischer Seite beurteilt werden, sagt in sehr interessanter Weise der „Barenfelder Kurier“ (Nr. 313 vom 9. 11. 27) in einer „Demokratische Reichstagskandidaturen“ überschriebenen Notiz. Es heißt dort u. a.:

„Man wird sagen müssen, daß die Demokraten mit ziemlichster Entschlossenheit die Reorganisation ihrer Partei und ihrer zünftigen Reichstagsfraktion betreiben. Die gegenwärtige Situation im liberalen Lager gibt den Demokraten größere Aussichten für einen Wahlerfolg, als sie jemals während der letzten 7 Jahre gehabt haben.“

Die Demokratische Partei wird ihrerseits alles tun, um diese Voraussage für die nächsten Wahlen zu befestigen.

Tagung des Demokratischen Reichsparteiausschusses.

Nach einer Sitzung des Parteivorstandes fand am Reichstag eine Tagung des Reichsparteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei statt, die aus allen Teilen Deutschlands stark besucht war. Der Parteiausschuss beschloß, die Einsetzung einer Kommission, die unter Prüfung der eingebrachten Anträge zur Gestaltung der Reichs- und Landesliste die Aufgabe hat, für die Wahlkreise und die Reichs- und Landesliste endgültige Vorschläge zur Kandidatenaufstellung zu machen.

Im Anschluß an diese Beratungen ergriff der Parteiführer Koch das Wort zu einer eingehenden Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Situation. Es ist auf die Dauer unmöglich, so führte der Redner aus, wie die Deutschnationalen unter der Parole „Nie mit der Sozialdemokratie“ Politik zu machen, selbst, wenn man der Auffassung ist, daß eine Verminderung des Einflusses der Sozialdemokratie zweckmäßig erscheint, so sind doch die Mittel der Deutschnationalen dazu völlig ungeeignet. Es handelt sich in Deutschland, wie überall in Europa, nicht darum, ob, sondern was für eine Sozialdemokratie man haben will. Deutschland kann auf die Dauer nicht ohne oder gegen, aber auch nicht allein durch die Arbeiter regiert werden. Es ist eine verständliche Wirkung nötig, in der alle Volksteile sich zusammenfinden. Das Gegenteil führt über die Reaktion zum Bolschewismus.

Der Redner streifte dann das Problem der Neugliederung des Reiches. Er betonte mit Entschiedenheit, daß der Weg zum Einheitsstaat nicht über Großpreußen führen könne, da dadurch Süddeutschland völlig aus dem gleichentritt mit Norddeutschland komme.

Nach einem Referat Gertrud Bümmers über das Reichstagsgesetz nahm der Parteiausschuss mit erheblicher Mehrheit einen Antrag an, in dem die Beilegung der Tabaksteuer im künftigen Strafgesetzbuch gefordert wird. Ferner fand ein Antrag Annahme, in dem es heißt: In dem Maße, in dem die Wirtschaft immer noch weitere Kreise der Bevölkerung härteren Anstoß. Sie verlangen wieder Einzelkandidaten gegenüberstellen. Der Parteiausschuss erwidert deshalb die Reichstagsfraktion mit aller Energie für bestmögliche Durchführung einer Wahlreform auf Grund der unter dem Ministerium Rühl ausgearbeiteten Vorschläge sich einzusetzen. Zum Schluß wurde unter großem Beifall einstimmig der Fraktion und dem Parteivorstandes das Vertrauen ausgesprochen.

Um den Parteinauwachses.

von Ludwig Müller-Sprenger, Halle a. Saale. Halle. Im Laufe des Monats Dezember wird im Restaurant „Nicolaus“, hier, Nicolaistraße, die Hauptversammlung der „Jungdemokraten Halle/Saale“ stattfinden. Diese Veranstaltung gibt wieder einmal Anlaß, die Frage des Parteinauwachses zur Debatte zu stellen. Der kleinen jungdemokratischen Gruppe sind von der Partei so oft Vorwürfe gemacht worden, und in der Gruppe selbst hat so mancher schon über tatsächliche bestehende Mängel und Entwicklungshindernisse nachgedacht, und sich durch diese in seiner Arbeitsfreudigkeit gegenwärtig gefühlt, daß es an der Zeit scheint, die wahre Ursache für alle diese Beschwerden einmal schonungslos aufzudecken. Wo liegen die wahren Gründe für die wiederholt und vielfach manchmal nicht ganz zu Unrecht getadelt „eigene Politik“ der Jungdemokraten? Ist der bisweilen erhobene Vorwurf „mangelnder Parteizucht“ unter den gegebenen Umständen überhaupt berechtigt?

Ein Blick in das Mitgliedsverzeichnis der „Jungdemokraten Halle/Saale“ zeigt, daß die Mitglieder dieser Vereinigung nur teilweise, ihre Eltern sogar nur in den wenigsten Fällen Mitglieder der demokratischen Partei sind. Angesichts dieser Tatsache dürfte sich die „Schuldfrage“ wohl ein wenig wandeln. — Es genügt wirklich nicht, daß der Parteivorstand allein und zumeist noch einige wenige Parteimitglieder durch Ratssitzung und Vorträge ihr Verständnis für die Frage des Parteinauwachses befunden, — so erfreulich und dankbar begrüßt solche Mitarbeit auch ist. Voraussetzung für eine erfolgreiche jungdemokratische Arbeit im Sinne und zu Nutzen der Partei ist vielmehr die aktive Beteiligung der heranwachsenden Söhne und Töchter demokratischer Eltern am Parteileben durch Eintritt in die am Orte bestehende jungdemokratische Vereinigung. Die „Jungdemokraten Halle/Saale“ bieten den Kindern der halloisen Parteifreunde seit Jahren Gelegenheit zur politischen Schulung. Doch der Erfolg? —

Den einen sind die Jungdemokraten nicht sein Gut; dann mögen sie Mitglieder werden, und die (wird) von ihnen profitieren. Anderen wieder sind Taten in der Gruppe. Unbedeutend, daß d. d. J. nicht recht verständlich ist, würde ein Ermaßen des tiefen Interesses bei den Kindern der am weit zahlreichsten Parteiangehörigen auch diesem „Ausschloß“ leicht abgehen können. Dritten schließlich sind die „demokraten“ zu sozialdemokratisch. Wenn dieser bloß was bestritten werden muß, wirklich gerechtfertigt warum schiden dann die betreffenden Parteifreunde ihre Söhne und Töchter in die Gruppe, damit sie „sich“ werde?

Die „Jungdemokraten Halle/Saale“ sollen, eben es in unvorstellbarer Weise die Frauengruppe tut, Druck und Zeugnis für die Regelmäßigkeit des demokratischen Parteilebens in Halle geben. Dies können sie aber wenn ihre Bestrebungen von dem gesamten Rad der Partei getragen werden. In Zeiten, wo die (aber, — wie die letzten Wahlergebnisse wieder e haben, — nicht die gemeinsame werbende Kraft nach zu entfalten vermag, und hier selbst ein ausschlaggebender Zuwachs von außen her verlag ist, notwendig aus jungdemokratische Vereinigung keine wesentlichen Erfolg außerhalb der Partei zu erzielen. Trotzdem den die Jungdemokraten am den fortbestand ihrer Gemeinschaft solange nicht befragt zu sein, als die Partei selbst einmal die so oft von den Jungdemokraten geforderte Parteizucht in Kraft, und die heraus den Angehörigen der Gruppe aufzuführen, die dem sehr auch zum Nutzen der Partei sich zu einer wahren politischen Jugendgruppe entwickeln wird. Das dies geht auf den Verbrauch nicht ungehörig verdingen möge, in Wunsch der jungen Partei Mitglieder für das kommende Vereinsjahr und für die Deutschdemokratische Partei.

Halle. Deutschdemokratische Frauengruppe. In früheren Jahren, so hatte auch am Donnerstag aber Frauengruppe ihre Mitglieder und die Parteifreunde zu Gesellschaftsabend nach dem Wahltagstisch eingeladen. In und geschickte Hände hatten dem Nikolausfest ein nachlässiges Aussehen gegeben und auf allen Tischen erst in Schmucke des Tannengrüns die kleinen Kerzen. Einführung zu „Mittwoch“ letzte die Feier ein. Ritzliche Darbietungen gelangreicher und musikalischer Art, Rezitationen schloffen sich in reicher Folge an und zu einer festlich fröhlichen Stimmung der zahlreichen Besucher. Eine Verlosung mit zahlreichen Gewinnen bereitete einen Abend, von dem alle mit den besten Eindrücken schieden. Die Dankesorte, die Frau Wolff für die Fischer hatte, fanden bei diesen herzlich gemeinte Erwidrung für die Tätigkeit und das Geschick, das die demokratische Frauengruppe vorbildlich einsetzt.

Frei. (Jungdemokraten.) Mittwoch, 14. 12. abends 8 Uhr im Tiergartenhof Ausprache über „Republik, Bürgeramt und Jugend“. Gäste sind sehr willkommen. Weiter weisen wir schon heute auf die im Januar stattfindende Vortragreihe über Weimarer Beer hin. Der Vorstand

Soziales.

Hausfrauen — deckt Euren Weihnachtsbedarf rechtzeitig — kauft nicht erst in den Abendstunden ein!

Diesen nur zu berechtigten Ruf richtet der Gewerkschaftsbund der Angestellten erneut an alle Hausfrauen und einflussreichen Käufer. Mithin ist zu beobachten, die Einkäufe für den Weihnachtstag vielfach erst in den letzten Tagen und Stunden vor der Besorgung vorgenommen werden. Hast, Eile und Unbequemlichkeit tritt dann oft noch die Feststimmung, machen die Stunden Anschließens der Geschäfte für die Wieder dabein „zur Frage als zur Freude“.

Geschäftsbesucher und Angestellte müssen, ob sie es len oder nicht, oft darauf verzichten, ihre Stammkunden mit der gewohnten Sorgfalt zu bedienen. Verdriss Berge sind häufig das Ergebnis auf beiden Seiten. noch eine weitere wichtige Frage: Haben nicht auch gestellte und Geschäftsbefähigte Anrecht auf freierzeit Gehaltsbezüge? Wollen nicht auch diese ihre Weihnachtsgüter mit weniger abgapanen und überreichen Kerzen bringen? Soll nicht jeder Deutsche das Weihnachtsfest die täglichen freierstunden fröhlich und so bald als möglich begehen und genießen können?

Diese Fragen sind, wie gesagt, nur allzu berechtigt und werden über Verständnis bei den Hausfrauen Wäktern finden. Deshalb nochmals:

Deckt Euren Weihnachtsbedarf rechtzeitig. — An an Wochentagen. — Und kauft auch sonst nicht in den Abendstunden ein!

Ihr Weihnachtsgebäck



Dr. Oetker Rezept

Istet Ihren Freude und Anerkennung im Familienkreise wenn Sie nach Dr. Oetker's Rezepten Ihr Weihnachtsgebäck zubereiten. Gerade für das Weihnachtsfest bietet das Rezept die reichhaltigsten Zutaten. Ihre Arbeit und Ihre Zeit sind nicht umsonst. Ihre Gäste werden durch das Rezept einen besonderen Genuss haben. Das Rezept ist in der Originalausgabe (Format 100) mit der Schrift Dr. Oetker's Rezepten, was nicht verlegt, ein Preis von 1.00 Mark. Verlangen Sie diese Broschüre, wenn Sie nach dem Rezept, Ausgabe für 10 Mark, was nicht verlegt, ein Preis von 1.00 Mark.

Dr. August Oetker, Bielefeld

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. Dornblüth, Halle a. Saale und Verlag: Hugo Alpers, Bielefeld.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland

Stärke, höherer Gehalt und Betriebsführung verdienen den Vorrang vor Bräuderung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Abbestellungspreis: Für die halbjährige Zeit 10 Mark, für die vierteljährliche Zeit 6 Mark, für die monatliche Zeit 2 Mark. Abbestellungspreis für den Auslandsende durch den Verlag des "Politischen Wegweisers" Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 50 Halle (S.), 10. Dezember 1927 3. Jahrgang

Schlichtungsversuche

Polen-Litauen.

Die eigentliche Aufgabe, dieser Völkerbundtagung ist in der Erzielung der stillen laufenden Angelegenheiten zu suchen. Sie spielen nur eine untergeordnete Rolle. Wenn der Rat seine Pflichten erfüllt, muß ihm die Erzielung des Stillschweigens die Gefahren wachen Tag zu Tag und haben, nachdem auch Ausland sein sollte an der Regelung in ziemlich scharfer Form bedachte, einen betrüblichen Stand erreicht. Es ging länger an, die Ereignisse mit dem in Genf so beschränkten Stillstand zu behandeln. So hatte man es noch alle Mühe gehalten, aber inzwischen erkannte, daß die Punkte allmählich zur Flamme werden mußten, der den ein mühsam genug geschaffenen Gleichgewichtszustand eigen konnte. So blieb denn nichts übrig, als dieses Gleichgewicht zu verlassen. Das ist inzwischen geschehen. Der Völkerbundtagung, auf den man in Deutschland etwas besonderes gesetzt hat, trotz noch, obwohl nicht ohne Überlegungen liegen kann, daß der Vertrag zustande, der nun mehrere Jahre besteht, eine politische Unmöglichkeit ist. Er wird daher wohl geschlossen werden, in diesem Sinne nachzugehen und sich mit einem Vorbehalt bezüglich der Punkte, der natürlich praktisch gar keine Bedeutung hat. Man kann ihm nachsehen, daß er sich bis zum letzten Wehrt, denn keine eigene Stellung dürfte damit ableiten sein. Das liegt eben im Wesen der Diktatur besteht. Er vertritt nicht, sondern wird beherrscht, und die Zustimmung des Volkes fehlt, ist sie auf Erziehung angewiesen, die eine verfassungsmäßige Regierung in allen auch einmal entstehen kann.

Polen und Deutschland.

Es ist Brand gelungen, sich als Vermittler zwischen England und Polen einzufinden. Ein gewisser Druck genügt, um Herrn Jaksch willfähriger als bisher zu sein. So konnte denn die Unterredung mit Stresemann finden. Ueber ihre Ergebnisse ist amtlich bisher nichts bekannt worden. Das einzige, was wir wissen, entstammt der französischen Presse. Danach ist über Nichtanerkennung der polnischen Ansprüche nicht gesprochen worden. Ueber die Erwartungen soll man darauf nicht setzen. Zwischen Litauen und Warschau besteht ja ohnehin der Locarno-Vertrag, der freilich den polnischen Wünschen nicht genügt. Das ist in unseren Augenblicken weiterzugehen, kann für alle als ausgeschlossen bezeichnet werden. Deutschland hat ein für alle mal abgelehnt, die Grenzen, die durch den Jaksch-Vertrag gezogen worden sind, anzuerkennen und die Regierung wird sich niemals bei und bereit finden, den erdriber oder Dübener Schließen als polnische Eigentum zu achten. Herr Brand hat nun beruhigend erklärt, daß ein dem Litauen nicht mehr die Rede sei. Das geht. Es kann sich also nur darum handeln, die bisherigen Verträge auszubehnen, Litauen, Ausland und viele der baltischen Staaten einzubeziehen. Welchen Preis Herr Brand das haben würde, muß natürlich abgewartet werden. Es macht stark den Eindruck, als ob die polnische Litauen diesen Fall als Garant anbietet, als ob sie Frankreich will, die in Locarno England und Italien gemeinsam abgenommen haben. Wir brauchen nicht offen aussagen, daß wir damit kaum einverstanden sein können. In das wäre eine einseitige Festlegung nach der polnischen Seite hin. Ein ganz anderses Gefühl betören die Dinge, nach England, das freilich immer wieder betont hat, es keine neuen Verpflichtungen eingehen, sich noch einmalden Litauen schließt, eine solche Garantie zu übernehmen.

Chamberlain und Litauen.

Sie haben sich beide ein wenig geziert. Eigentlich läßt sich die wohl in gleichem Maße eine Unterredung, aber erman wollte den Anfang machen. So ähnlich wie bei den Litauern. Herr Brand mußte wieder vermitteln. Die Empfehlung zuerst die Russen und hat ihnen dann in das einmütig gerufen. Seine Forderungen waren klar und bestimmt. Einmütig der Verzicht, was man bei den Russen so häufig nennt, auf jede kollektive Propaganda im Ausland und ferner den Abschluß von Sicherheitsverträgen mit der Nachbarstaaten. Wahrscheinlich, daß er hinzugefügt, es ist in völliger Übereinstimmung mit dem britischen Vorgehen. So war Litauen auf das Weitere vorbereitet. Eine amtliche Erklärung der englischen Abordnung wurde bestimmt die Russen nicht aufsuchen, siehe aber zur Erklärung, worauf deutlich geht. Die entsprechende Mitteilung durch die Gouverneure erfolgte auch vorhin, und es ist nun aber das Begegnen Litauen gekommen, so konnte Chamberlain den Beauftragten Litauens anfragen. Gut eine Stunde hat diese Besprechung gedauert. Zeit genug, um alle Probleme zu streifen. Man hat wohl in der Annahme nicht fehl, daß nur einmal die Forderungen wie die französischen erhoben wurden, in amtliches Communiqué, das gemeinsam verfaßt worden

den ist, besagt mit vorbildlicher Genauigkeit, daß man sich nicht getraut habe. Was übrigens auch nicht zu erwarten war. Dazu dürfen die Vollmachten Litauens gar nicht ausgereicht haben. In London wurde betont, daß dieses Communiqué einer weiteren Befragung nicht im Wege stünde, voraus man gewisse Schritte gehen dürfte. In Genf selbst ist es zu keiner neuen Befragung gekommen, denn die Russen hatten bereits Einverständnis bezeugt, aber Litauen ging nach noch zu Jaksch, was nichts anderes bedeutet, als daß unter der Mitwirkung der Ausfrage mit England und Frankreich die Russen nun auch die direkten Verhandlungen mit den Polen aufgenommen haben. Dann reisten sie ab. Man darf wohl, ohne übertriebenen Hoffnungen sich hinzusetzen, annehmen, daß die Fäden, so dünn sie auch noch sind, weiter geflochten werden. Abstreifen werden sie vermutlich nicht mehr. Und das ist immerhin ein Erfolg der Wiener Tagung.

Die Industrielle.

Die Durchführung der Arbeitszeitregelung, die am 1. Januar beginnen sollte, hat die Industrie auf den Plan gerufen. Da wir es mit dem reichsweitverfälschten Gesetz haben zu tun haben, mußte man von Anfang an darauf rechnen, daß hier sofort mit den schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird. Sie haben noch nie an Unterdrückung ihrer Macht gelitten und werden dabei auch durch kein soziales Element beschwert. Sie sind die unerfreulichsten Erfindungen im deutschen Wirtschaftsleben, weil ihnen jedes Gefühl, nicht nur für die Rechte der anderen, sondern auch für Staatsnotwendigkeiten fehlt. Ob sie das Wohlwollen eines Volkes fordern, nur um französische Erze in ihren Besitz zu bringen, ob sie die Inflation begünstigen, die ihnen auf Kosten der Nation die Ausfuhr erleichtert, von der sie übrigens nichts gehabt haben, oder ob sie soziale politische Befehle durchsetzen, es ist immer dasselbe. Sie haben zwar genau wie jeder andere Staatsbürger sich den Gesetzen zu unterwerfen, aber das gilt nur, wenn diese Befehle für sie vorteilhaft sind. Im anderen Falle zeigen sie ihre Kraft. Die Ausprägung, die hier in der Form der Stilllegung der Betriebe vor sich geht, ob, bedeutet die Brotlosigkeit von 300 000 Arbeitern, oder, die Familien eingewickelt, von mindestens einer Million Menschen. Einige Gruppen sind noch weit höher gezogen und haben sogar eine Herabsetzung der Löhne bei dieser guten Gelegenheit gleich vorgenommen. Jüngst Schillingen. Dann Wiederholung unter den neuen Bedingungen. Das die Einigungs-Verhandlungen zum Ziel führen kann als ausgeschlossen gelten. So fällt dem Arbeitsministerium, das schon einer Schlichter bestellt hat, die Aufgabe zu, einen Schlichter zu wählen, der dann für verbindlich erklärt werden muß. Wie er aussieht, kann nicht zweifelhaft sein, denn Herr Dr. Brauns wird unendlich sein eigenes Kind, diese Arbeitszeitregelung, verweigern können. Wir sind lediglich darauf gespannt, was das Reich dem Widerstand brechen wird. Becht ist es sicherlich nicht, und wir gestehen, daß wir sogar eine gewisse häßliche Schadenfreude darüber empfinden, daß gerade ein Reichskabinett dazu Stellung nehmen muß.

Erziehungs- und Schulwesen.

Herr von Reubell, der die eigenen Leistungen sicher nicht hoch einschätzen wird, versucht wenigstens auf anderem Wege Wohlgefallen zu machen. Er will nicht sange und klanglos verschwinden, und so bemüht er sich, durch vollendete Tatkraftigkeiten die Erinnerung an sein Wirken zu erhalten. Die Fälle Tressow und Badt hätten für geringere Ansprüche ausgereicht. Da kam das unzufolge Telegramm an die völkischen Studenten, mit denen er sich für verbunden erklärte. Breußen hat sich diese Auszeichnung nicht gefallen lassen dürfen. Herr Brauns antwortete. Sachlich durchaus im Recht. Nur der Schluß war zu massiv. Er drohte mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen, was sich nur schwer verteidigen läßt. Wenn man zusammen arbeiten muß, soll man Ultimata unterlassen. Damit hat er Herrn Marx die Antwort zu leicht gemacht. Fast 8 Tage hat die Reichsregierung über die Antwort beraten. Eigentlich hat Herr Marx und mit ihm sicherlich auch Herr Dr. Köhler der Ansicht, daß das Vorgehen des Herrn v. Reubell, keine Verteidigung verbiete. Aber der Schluß. Hinzu kam, daß Breußen den Brief veröffentlicht hat, ehe er dem Reich vorgelegen. Das war eine Unfreundlichkeit. Und zweitens hat Breußen die Wünsche des Zentrums in der Befolgsfrage durchkreuzt. Es verabschiedete seine Reform ohne Veränderungen und stattion so das Reich ihm zu folgen, während das Zentrum mit Mühe auf seine christlichen Gewerkschaften gegen Widerstand vorgehen wollte. So etwas verzeiht man im Zentrum nicht, denn man hatte sich entsprechend aus. Herr v. Reubell ist Privatperson gewesen. Keiner nicht nur im Telegramm. Sein ganzes Wirken macht den Eindruck, als ob er ausschließlich berufsmäßiger Abgeordneter wäre. Gegen den großen Schluß wurde ein eben so großer für nötig befunden. Jegendwelche Folgen wird das nicht haben.

Nur dürfen die Beziehungen zwischen Wilhelmstraße rechts und links nicht besser geworden sein. Wenigstens vorläufig nicht. In einigen Monaten wird ja wohl durch die Wahlen die notwendige Brücke über den Fahrstamm weggeschlagen werden. Dann liegen dieselben Parteien auf der einen wie auf der anderen Seite.

Die Befolgsfrageform.

Es machte keine überörtlichen Eindruck, wie zwischen den Regierungsparteien gefesselt und gemortet wurde. Eigentlich war die Vorlage selbstverständlich, war es besonders, nachdem Herr Dr. Köhler in Magdeburg weitgehende Befragungen an die Beamten gerichtet hatte. So etwas verpöchtigt. Aber die Interessen führten sich. Das linke Zentrum wollte nicht alles bewilligen. Das mußte in den Arbeitkreisen verheimlicht werden. Deshalb versuchte man wenigstens 25% herauszufischen. Breußen hat das durchkreuzt. So wird wohl die Vorlage unterändert Gehe werden. Nur für die Unionisten dürfte eine Einflutung erfolgen. Voraussichtlich wird die Befolgsfrage noch in der kommenden Woche vor sich gehen. Das ist gut. Nur für Herrn Dr. Köhler nicht. Der hatte zwar einen glänzenden Etat ausgemacht, der namentlich in der Eugenbergsche helle Begeisterung erweckt und als vorbildlich gepriesen wird. Er ist zwar fast frei und eigentlich als etwas nötig, sobald man ihn kritisch würdigt, aber die Zahlen stimmen wenigstens. 160 Millionen Leberausfluß ist immerhin eine Leistung. Namentlich der Generalagent für die Reparationen wird das wohlwollend betrachten. Es befähigt seine Ausführungen. In Wirklichkeit hat die ganze Rechnung ein Loch. Eines ist eigentlich zu wenig. Einmal werden die Länder Zuschüsse vom Reich fordern, sobald hat er übersehen, daß nach der Verbrüderung die Lohnsteuer geleistet werden müssen, wenn sie die Summe von 1,2 Milliarden überschreiten, was der Fall ist, und drittens nimmt er an, daß die Konjunktur weiter sich günstig entwickeln wird. Ein Optimismus, den kein Finanzminister hegen darf. Er muß von Beruf pessimist sein. Aber Dr. Köhler braucht sich keine großen Sorgen machen zu lassen. Die Defizitsellen sind erst nachher heraus, wenn das Etatjahr abgelaufen ist, und dann ist er bestimmt nicht mehr im Amt.

Das Schlichter.

Wann so sind die Dinge nicht gelaufen, wie Rechte und Zentrum gewünscht haben. Man soll gerecht sein. Auch gegen die Volkspartei. Sie hat einen Sitznachher ausgebrochen, indem sie im § 9 Inverhältnis verhandelt hat. Das ist nicht zu unterschätzen, denn für ungeschickte kleine Orte wird damit die Einrichtung konfessioneller Schulen neben dem öffentlichen Schulwesen. Das Schlichter hat man einander gegenüber nicht gefunden. Das ist ein Zeichen für einmütig. Das ist ein Zeichen für einmütig. Das ist ein Zeichen für einmütig.



Der 30. ist wegen... (The text is partially obscured and difficult to read due to the image quality and the presence of the color chart.)